

Die Linke

Unsere Direktkandidatin für Marzahn-Hellersdorf

Katalin Gennburg

Preise runter, Zukunft sichern!



23. Februar
Alle Stimmen
für Die Linke!

Katalin Gennburg (40) ist selbst in einer Großwohnsiedlung aufgewachsen. Jetzt kandidiert sie in Marzahn-Hellersdorf für Die Linke für den Deutschen Bundestag – als Nachfolgerin von Petra Pau. Wir haben sie zum Gespräch getroffen, in dem sie erzählt, warum sie nicht nur für bezahlbare Lebensmittelpreise streitet, sondern sich auch für Frieden und Diplomatie einsetzt und findet, dass es auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung eine besondere Stimme für ostdeutsche Interessen im Bundestag braucht.

Frau Gennburg, Sie klingeln momentan im gesamten Bezirk an den Haustüren und suchen das Gespräch. Was begegnet Ihnen da?

Es gibt zwei Top-Themen: Erstens höre ich immer wieder, dass man seit den Preissteigerungen genauer hinschauen muss, weil das Geld am Monatsende knapp wird. Die Verunsicherung ist groß, und das ist ein Arbeitsauftrag an die Politik. Eine warme Wohnung oder die Butter auf dem Schulbrot dürfen kein Luxus werden. Wir können das auch schaffen, wenn wir bei Nahrungsmitteln sowie Strom und Gas mit Preisdeckeln die Menschen schützen!

Was ist das zweite „Top-Thema“?

Zweitens geht es um die Sorge vor Krieg und einer neuen Eskalationsspirale. Deshalb streite ich für eine mutige Friedenspolitik. Anstatt neuer Aufrüstungsziele brauchen wir konkrete Schritte für Diplomatie. Ich sage klar: keine US-Raketen in Deutschland! Ich bin es leid, dass der Wunsch nach Frieden und Diplomatie als naive Träumerei abgetan wird. Klar ist für mich: Das nächste 100-Milliarden-Sondervermögen sollte nicht für die Bundeswehr, sondern für die Bildungspolitik geschnürt werden.

Ihre Partei schlägt außerdem einen Mietendeckel vor. Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass ein Mietendeckel nicht auf Landesebene, sondern nur durch die Bundesregierung eingeführt werden kann. Wie kommt die Forderung an?

Mit einem bundesweiten Mietendeckel gäbe es für die nächsten sechs Jahre keine Mieterhöhungen mehr. Zu hohe Mieten würden sinken, auch in Marzahn-Hellersdorf. Deshalb gibt es da schon viel Zuspruch. Es geht aber nicht nur um Mieten. Insgesamt darf Wohnen nicht zum Armutsrisiko werden. Dazu zählt auch, die Grundsteuer-Abzocke der CDU zu beenden, insbesondere im Ostteil der Stadt.

Was ist im Osten anders?

Viele haben das Haus von den Eltern geerbt, und gleichzeitig haben viele ostdeutsche Lebenswege nach der Wende mehr Brüche erfahren – häufig mit Lücken in der Erwerbsbiografie. Ich weiß, wovon ich spreche. Meine Eltern haben ihr Leben lang hart gearbeitet und leben trotzdem in Altersarmut. Wären sie im Westen gewesen, wäre das vermutlich anders. Ich bin trotzdem stolz, in Ostdeutschland geboren und aufgewachsen zu sein. Ich kann

aber nicht akzeptieren, dass ostdeutsche Gehälter und Renten noch immer niedriger sind.

Was wollen Sie im Bundestag erreichen?

Der Politikbetrieb ist abgehoben. Ich wurde von den Wählerinnen und Wählern in meinem Wahlkreis dreimal direkt ins Berliner Parlament gewählt, weil es mir um die konkreten Alltagsorgen geht. Wird es morgen noch den Arzt oder die Apotheke um die Ecke geben? Bekomme ich für mein Kind auch einen Kita-Platz? Als Mutter weiß ich, wie bedeutend diese Frage ist. Oder was passiert mit meiner Nachbarschaft, wenn plötzlich ein Investor die grünen Innenhöfe zubaut und damit wichtige Begegnungsorte betoniert? Ein Beispiel: Die CDU will an der Allee der Kosmonauten und am Helene-Weigel-Platz neue Hochhäuser bauen lassen. Wir sagen: Stadtentwicklung geht nur gemeinsam! Ein anderes Beispiel: Es kann nicht sein, dass die CDU gemeinsam mit Investoren kungelt und wie an der Marzahner Knorr-Bremse kleine Unternehmen in den Ruin treibt und vor die Tür setzt!

Über diese Themen entscheidet der Bundestag?

Es ist wichtig, diese Anliegen aufzugreifen, und genau so mache ich

„Ich bin es leid, dass der Wunsch nach Frieden und Diplomatie als naive Träumerei abgetan wird.“

Politik. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ihre Interessen gehört werden. Das ist mein Kompass, und im Bundestag werden ja auch wichtige Weichen gestellt.

Um bei der Ärzteversorgung zu bleiben: Die Linke möchte die Zweiklassen-Medizin abschaffen und eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen – auch „Spitzenverdiener“, übrigens auch Politiker. Dann gäbe es auch hier im Bezirk eine bessere Versorgung.

Sie wollen die private Krankenversicherung abschaffen?

Das Problem ist: Die meisten Politiker sind in der privaten Krankenversicherung. Die haben keine Ahnung, wie es ist, wenn man als Kassenpatient keinen Termin bekommt. Auch bei der Rente schlagen wir vor: ein System für alle, egal ob Maurer, Manager oder Politiker. Und nach einem Leben voller Arbeit muss die Rente vor Armut schützen.

Katalin Gennburg

Die Linke Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

☎ 030 541 213 0

✉ info@katalingennburg.de

🌐 www.katalingennburg.de